

Das Initiativrecht nicht entwerten!

Mit 82 zu 68 Stimmen bei 5 Enthaltungen hat der Grosse Rat die Anti-Reitschul-Initiative der JSVP für ungültig erklärt. Die Initianten ziehen den Entscheid des Berner Kantonsparlaments nun ans Bundesgericht weiter.

Die Initiative trägt den unverfänglichen Titel «Keine Steuergelder für die Berner Reitschule» und suggeriert damit, dass der Kanton kein Geld mehr für die Berner Reitschule ausgeben soll. Das tut er aber schon heute nicht. Die Reitschule hat für ihre kulturellen Events einen Leistungsvertrag mit der Stadt Bern. Und für die Sicherheitskos-

ten? Diese bezahlt die Stadt Bern im Rahmen ihres Infrastrukturvertrags mit der Kantonspolizei. Auch die politische Verantwortung für die Sicherheit tragen im Kanton Bern generell die Gemeinden und nicht der Kanton.

Eigentlicher Inhalt der Initiative ist eine Art Strafaktion gegen die Stadt Bern. Der Stadt Bern sollen unverhältnismässige 54,6 Mio. Franken aus dem kantonalen Finanzausgleich gestrichen werden – solange die Reitschule mit der heutigen Nutzung existiert.

Dieses Konstrukt, das zwei politische Ebenen in eigenartiger Weise

miteinander vermischt, würde als Präzedenzfall Tür und Tor für weitere Einzelfallinitiativen gegenüber Gemeinden öffnen. Die Gelder aus dem Finanzausgleich sind für ganz andere Leistungen als für die Reitschule bestimmt. Ausserdem ist die Stadt Bern unter dem Strich beim kantonalen Finanzausgleich sogar Netto-Zahlerin und nicht -Empfängerin.

Fazit: Mit mir hat die grosse Mehrheit der EVP-Fraktion die Anti-Reitschul-Initiative für ungültig erklärt. Wir halten die Initiative für unverhältnismässig und nicht anwendbar. Mit unserem Entscheid



Barbara Streit-Stettler

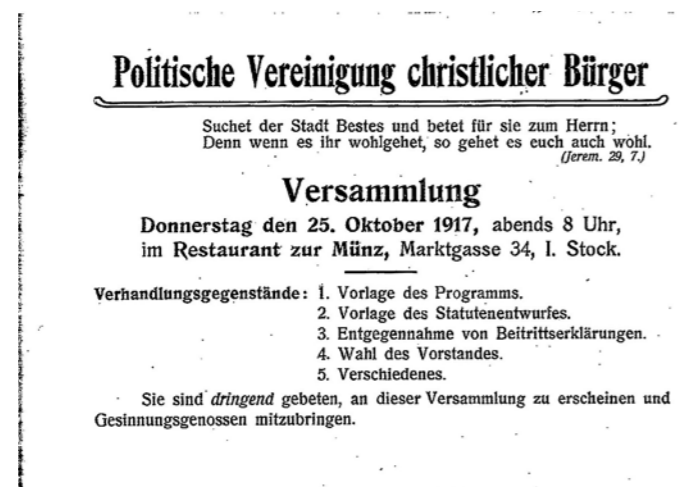
wollten wir das Initiativrecht, eines der kostbarsten Instrumente in unserer Demokratie, schützen und nicht die heutige Situation rund um die Reitschule verharmlösen.

Barbara Streit-Stettler,
Grossrätin

100 Jahre EVP Stadt Bern: Das feiern wir!

Im Oktober 2017 feiert die EVP Stadt Bern ihren 100-jährigen Geburtstag. Das Restaurant «zur Münz» an der Marktgasse 34, wo im 1. Stock die damalige Gründungsversammlung stattfand, existiert nicht mehr. Deshalb feiern wir das Jubiläum im politischen Zentrum von Stadt und Kanton: im Berner Rathaus, das genau 500 Jahre älter ist als die Stadtberner EVP.

Wir begehen den hohen Geburtstag unserer Partei am Samstag, 21. Oktober 2017,



Die Einladung zur Gründungsversammlung von 1917 mit dem dringenden Aufruf zur Teilnahme.

14.00-17.00 Uhr mit einer Führung durchs Rathaus, einem historischen Rückblick, Grussworten und einem

Apéro mit Geburtstagskuchen.

Reservieren Sie sich das Datum! Eine Einladung folgt. *BSt*

Impressum

Herausgeber:
EVP Kanton Bern,
Postfach, 3000 Bern 7
Redaktion:
«Berner EVP»,
Christof Erne, Bern
Kontaktadresse
für «EVP-Info»:
Christof Erne,
Tel. 031 991 78 91,
ch.erne@hispeed.ch
EVP Stadt Bern, Post-
fach 6049, 3001 Bern
Postkonto 30-2067-3
info@evp-bern.ch,
www.evp-bern.ch
www.facebook.com/
evpstadtbern



EVP-Info

Informationen
der Evangelischen
Volkspartei Stadt Bern
www.evp-bern.ch

Mai 2017

Stellen Sie sich vor, es ist Oktober 1917

Die Welt befindet sich seit Juli 1914 im Kriegszustand. Die Schweiz liegt inmitten kriegsführender Staaten und hat 250 000 Mann an den Grenzen postiert. Die Berner Soldaten sichern die Grenze im Jura. Die Zurückgebliebenen versuchen die Abkommandierten zu ersetzen – eine Erwerbsausfallentschädigung gibt es nicht.

Seit dem kalten und nassen Sommer 1916 und dem harten Winter leiden viele Leute in Bern Hunger und jetzt im Herbst auch wieder unter der Kälte. Nahrungsmittel und Brennmaterial werden immer teurer – Fleisch und Eier sind unerschwinglich, aber auch Brot und Milch kosten immer mehr. Der Getreideimport aus Übersee ist durch die Seeblockade der Briten und den U-Boot-Krieg

der Deutschen sehr eingeschränkt. Kohle, der zu der Zeit wichtigste Energieträger, kommt nur noch spärlich aus Deutschland. Langsam organisiert der föderalistisch organisierte Bundesstaat das Krisenmanagement: Rationierung von Lebensmitteln, zwangsweise Steigerung der Anbauflächen und Bundeshilfen zur Verbilligung der Nahrungsmittel. Seit Februar darf Brot nicht mehr frisch verkauft werden – damit weniger davon gegessen wird.

Im Frühling haben in Russland Arbeiteraufstände die Zarenherrschaft beendet, und seither erstarkt die Sozialdemokratie in Europa wie auch in der Schweiz noch mehr. Im nationalen Parlament zeichnet sich allmählich das Ende der freisinnigen Alleinherrschaft ab. Christen fürchten

sich sogar vor einer sozialistischen Katastrophe – es gibt Fabriken, in denen freikirchliche Arbeiter durch sozialistische Gewerkschaften rausgedrängt werden.

In Bern, deren Einwohnerschaft sich in den letzten 40 Jahren auf knapp 100 000 verdoppelt hat, finden im Dezember Stadtratswahlen statt. Im Hinblick darauf ruft eine Gruppe Christen für den 25. Oktober 2017 zur Gründungsversammlung der «Politischen Vereinigung christlicher Bürger». Sie wollen christliche, soziale und sittliche Grundsätze in Staat und Gemeinde besser berücksichtigt wissen. Dazu sprechen sie diejenigen an, die sich seit Jahren vom öffentlichen Leben fernhalten, weil keine der bestehenden politischen Parteien nach ihrem Empfinden diesen



Bettina Jans-Troxler

Grundsätzen Bedeutung schenkt. Bloss wirtschaftliche Erwägungen bei den «Herrschenden» und ungelöste soziale Probleme geben den Christen Anlass, sich einzumischen.

Die Mobilisierung gelingt, Albert Ryser wird auf Anhieb in den Stadtrat gewählt. Zwei Jahre später wird mit der Gründung der schweizerischen Evangelischen Volkspartei auch die «Politische Vereinigung christlicher Bürger» zur EVP.

Bettina Jans-Troxler,
Präsidentin EVP Stadt Bern

Danke für Ihre Spende

Dieser «EVP-Info» liegt ein Einzahlungsschein der EVP Stadt Bern bei. Wir bedanken uns für jeden Beitrag zugunsten unserer Parteiarbeit. Die EVP Stadt Bern finanziert sich primär aus Spenden, weil die Mitgliederbeiträge zum grossen Teil an die Kantonalpartei weitergehen.

Ihre EVP Stadt Bern

Termine 2017

Mittwoch, 26. April: Parolenfassung zum 21. Mai.*
Mittwoch, 30. Aug.: Parolenfassung zum 24. Sept.*
Samstag, 21. Okt., 14–17 Uhr: Feier «Mit der EVP unterwegs» und **Feier «100 Jahre EVP Stadt Bern»**.
Mittwoch, 1. Nov.: Parolenfassung zum 26. Nov.*
Mittwoch, 6. Dez.: Adventsfeier.*

*Mittwochsanlässe je 19.30 Uhr, Nägelgasse 9, Bern.

«Die Verankerung der Schule im Quartier ist wichtig»

Nach zwölf Jahren beendet EVP-Mitglied Bernhard Christen im Sommer 2017 seine Mitarbeit in Stadtberner Schulkommissionen. Er berichtet, wie er diese Arbeit und die Veränderungen der Schule erlebt hat.

Als du 2005 in die Schulkommission Schwabgut kamst, hatte die Stadt noch 18 Schulkreise, und du wurdest vielleicht noch «Götti» einer Klasse. Was hat deine Kommissionsarbeit da geprägt?

Zu Beginn der Arbeit in der Schulkommission war man viel näher am Schulalltag dran. So wurde beispielsweise noch jeder Übertritt in der Kommission besprochen. Und ja, man war «Götti» einer Klasse. Schulbesuche waren Teil der Aufgabe.

2008 erfolgte mit der Reduktion auf sechs Schulkreise und der Einführung geschäftsführender Schulleitungen eine



Schulkommissionsmitglied Bernhard Christen.

Professionalisierung der Schulstrukturen. Verlieft dieser Übergang reibungslos oder musste die Schulkommission Konflikte schlichten?

Die Zusammenlegung der Schulkreise verlief nicht ganz ohne Nebengeräusche. Es war ja auch nicht ganz einfach. Da trafen teilweise ganz unterschiedliche Schulhauskulturen aufeinander. Auch in der Kommission gab es verschiedene Ansichten, wie die Aufgabenteilung aussehen sollte. Aus meiner Sicht haben sich die Wogen aber recht schnell geglättet.

In der Schulkommission Bethlehem waren durch den hohen Ausländeranteil die Integration, der Einbezug von Eltern mit Migrationshintergrund sowie die Haltung zu Schwimmunterricht und Klassenlagern wohl regelmässige Themen. Konntet ihr in heiklen Fällen zusammen mit der Schule gute Lösungen finden?

Die Schulleitungen im Schulkreis Bethlehem haben eine grosse Erfahrung im Umgang mit diesen Themen, die sie aus meiner Sicht immer sehr lösungsorientiert

angehen. Inhaltlich gab es in diesen Fragen wenige Differenzen zwischen der Schulleitung und der Kommission. Die Aufgabe der Kommission bestand für mich oft darin, den Schulleitungen in ihrem Handeln den Rücken zu stärken.

Durch die Reform kamst du in die Kommission für Kleinklassen und Spezialunterricht und damit wohl zu ganz andern Herausforderungen. Wie war dies für dich?

Was mir von dieser Zeit besonders in Erinnerung geblieben ist, sind die grossen Runden, die sich zu den Sitzungen trafen. Neben der Schulkommission waren die Schulleitungen der verschiedenen Spezialbereiche (teils in Kleinstpensen angeordnet) und verschiedene weitere Fachpersonen (Schulsozialarbeit, Erziehungsberatung, Schulärztlicher Dienst) vertreten. Ich fand es recht schwierig, den Überblick zu haben, wer wofür zuständig ist. Zudem war die Strukturreform bereits ein Thema und die Frage nach der Berechtigung der Kommission wurde immer wieder diskutiert.

Nun steht bereits wieder eine neue Strukturreform an, die auch die Rolle und Form der Schulkommission betrifft. Steuert die Schule damit in die richtige Richtung?

Die Fragen, die auf die Schulen und die Kommissionen zukommen, werden immer komplexer. Daher benötigen die Kommissionen Mitglieder mit dem nötigen Fachwissen. Die entsprechende Qualifizierung der Mitglieder könnte hier ein Weg sein. Ich bezweifle aber, ob eine einzige professionelle Kommission für die ganze Stadt ein sinnvoller Weg ist.

Zur Person

Bernhard Christen, 1965, wohnt im Herzen von Bümpliz, ist Arbeitsagoge und Mitglied der reformierten Landeskirche. Seit 2005 nahm er nacheinander Einsitz in

der Schulkommission Schwabgut, in der Kommission für Kleinklassen und Spezialunterricht (KKS) und nach deren Auflösung in der Schulkommission Bethlehem.

Volksabstimmungen vom 21. Mai 2017

Erweiterungsneubau Volksschule Pestalozzi

Um den stark steigenden Schülerzahlen im Schulkreis Mattenhof-Weissenbühl begegnen zu können, soll vis-à-vis des Pestalozzi-Schulhauses ein Neubau für sechs Basisstufenklassen und einen Mehrzweckraum gebaut werden. Heute befinden sich mehrere Klassen in zugemieteten Provisorien oder in einem Modulbau auf der Munzingerwiese. Der Baukredit, über den wir am 21. Mai abstimmen, beträgt 11,83 Mio. Franken.

Wir EVP-Stadträte, sowie fast der gesamte Stadtrat empfehlen die Annahme dieses Projekts, obwohl damit leider nicht alle fehlenden Schulräume abgedeckt werden



Auf der Pestalozziwiese an der Weissensteinstrasse soll ein Schulhaus für die Basisstufe entstehen.

können. Während der langen Wettbewerbs- und Planungsphase hat sich der Bedarf an Schulraum bereits wieder verändert. Weitere Massnahmen, z.B. der Ausbau des Dachstockes im Schulhaus Pestalozzi, sind momentan in Abklärung.

Wir sind froh, dass sich in der Schulraumplanung in den letzten zwei Jahren einiges getan hat und die Kommunikation zwischen den verschiedenen involvierten Stellen in der Verwaltung verbessert wurde.

Bettina Jans, Stadträtin

Nebst der Professionalität ist aus meiner Sicht auch die Verankerung der Schule im Quartier durch die Schulkommission wichtig.

Welche Erlebnisse haben dich in deiner langjährigen Tätigkeit in Schulkommissionen am meisten gefreut oder vielleicht geärgert?

Es sind keine einzelnen Erlebnisse, die ich nennen möchte. Was mich immer wieder beeindruckt sind die Schulleiterinnen und Schulleiter, die mit hohem Engagement ihre Aufgaben in einem herausfordernden Umfeld wahrnehmen. Wenn Personen bis zu ihrer Pensionierung innovativ und engagiert die Entwicklung der Schule vorantreiben, kann ich nur sagen: Hut ab!

Interview: Christof Erne

Kurz-Info

Positives Ergebnis

Die Jahresrechnung 2016 der Stadt Bern schliesst mit einem Plus von 43 Mio. Fr. ab. Grund für den guten Abschluss sind vor allem höhere Steuereinnahmen.

Der Überschuss soll in Spezialfinanzierungen für die vielen anstehenden Schulhausanierungen und -bauten gelegt werden. BJ

Überbauungsordnung Uferschutzplan Neubrück

Heute reinigt die Abwasserreinigungsanlage ara bern das Schmutzwasser von rund 350 000 Bewohnenden, Arbeitenden und Gästen der Stadt und Region Bern. Das Bevölkerungswachstum, die Zunahme der Arbeitsplätze und die steigenden gesetzlichen Auflagen erfordern den weiteren Ausbau der Anlage. Um das Prinzip des verdich-

teten Bauens anzuwenden, soll die Erweiterung auf dem heutigen Standort Neubrück vollzogen werden. Dies bedingt eine neue Überbauungsordnung, die u. a. die bisherige Beschränkung der Ausnutzungsziffer aufhebt und den Uferschutz ausbaut. Für das neue Gebäude sollen ausserdem rund 840 m² Wald gerodet werden, der – was für ein Zufall ;) – in

der Gemeinde Wald als Ersatz wieder aufgeforstet wird.

Im Stadtrat wurde die Zonenplanänderung ohne Gegenstimme angenommen. So stehen auch die EVP-Stadtratsmitglieder ganz hinter der Abstimmungsvorlage mit dem etwas sperrigen Titel «Überbauungsordnung Uferschutzplan Abschnitt Neubrück». Matthias Stürmer, Stadtrat